

Zeit des Gestaltens

Lamia Messari-Becker
im Interview

Lange sind die enormen Auswirkungen des Bausektors auf das Klima in der öffentlichen Wahrnehmung vernachlässigt worden. Dem wirkt Lamia Messari-Becker, Professorin und Leiterin des Lehrstuhls Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen, als Regierungsberaterin sowie mit ihren Auftritten in den großen TV-Polit-Talks und -Nachrichtenmagazinen entgegen. Mit *Die Architekt*-Redakteur Maximilian Liesner sprach sie darüber, wo das „Projekt Erde“ nun ansetzen muss und welche politischen Rahmenbedingungen dafür nötig sind.



Foto: Enrico Santifaller



Infrastrukturgebäude aus Recyclingbeton zur Speicherung von Biomasse aus Abfallstoffen: Christoph Hesse Architects, Grüne Energieanlage, Referinghausen 2016, Foto: Christoph Hesse

Frau Messari-Becker, Sie sind Mitglied des Club of Rome, der vor genau 50 Jahren in seinem mittlerweile legendären Bericht vor den titelgebenden „Grenzen des Wachstums“ gewarnt hat. Wie stehen wir heute da?

Wir können heute, 50 Jahre später, kaum zufrieden sein. Wir haben nach wie vor einen enormen Ressourcenverbrauch. Insbesondere mit Blick auf das Bauen sind die Zahlen sehr eindrücklich. Weltweit steht Bauen für 30 Prozent der CO₂-Emissionen, 40 Prozent des Energie- und 50 Prozent des Ressourcenverbrauchs, 60 Prozent des Abfallaufkommens und 70 Prozent des Flächenverbrauchs. Wir sehen uns einerseits mit dem Klimawandel konfrontiert, andererseits aber auch mit einer weiterhin zunehmenden Weltbevölkerung. Die Welt wächst statistisch um 2,1 Menschen pro Sekunde. Das heißt, der Ressourcenverbrauch wird weiter zunehmen, ob wir wollen oder nicht. Und deshalb ist unsere einzige Chance, einen neuen Umgang mit Rohstoffen und Ressourcen zu finden, damit wir für mehr Menschen mit weniger Materialien würdige Bedingungen schaffen können.

Wir haben es also beim Klimawandel nicht mit einem Erkenntnis-, wohl aber mit einem Umsetzungsproblem zu tun. Woran liegt das?

Ich glaube, dass die Umsetzung stockt, weil Politik und Immobilienwirtschaft an mehreren Stellen falsche Prioritäten gesetzt haben. Wir haben in den vergangenen

Jahren den Energiebedarf pro Quadratmeter im Gebäude immer weiter gesenkt, allerdings den Ressourcenverbrauch nicht reduziert. Das liegt daran, dass unsere Methoden – mehr Dämmen und mehr Technik – nicht intelligent genug waren. Wir haben also mehr Rohstoffe abgebaut, um im Betrieb weniger Energie zu verbrauchen. Damit haben wir den Energiebedarf nur verschoben: vom Betrieb in die Herstellung der Gebäude.

Außerdem hat die Wohnfläche pro Person weiter zugenommen. So sind unsere Bemühungen um Energieeffizienz de facto zum Nullsummenspiel geworden. Wir müssen die Prioritäten anders setzen, indem wir Klimaschutz nicht nur durch betriebliche Maßnahmen verfolgen, sondern durch einen ganzheitlichen und innovativen Ansatz, der das Denken im Lebenszyklus (Stichwort Ressourcenausweis), in Energiebilanzen (Stichwort Graue Energie), das flächensuffiziente und kreislauffähige Bauen, Quartiersansätze und die Klimaanpassung umfasst. Dann kämen wir auch relativ schnell voran.

Wie kann man es schaffen, dass diese Anforderungen auch tatsächlich Teil der Planungskultur werden?

Wir sehen, dass theoretische Papiere trotz guter Ansätze nur wenig bringen. Stattdessen müssen Bauexperten wie Architektur und Ingenieurskunst mehr Gehör in einer praxis- und wissensbasierten Politikberatung finden. Nehmen wir zum Beispiel den Städtebau: Was wir hier brauchen, ist eine praktische Übersetzung der



Umbau eines ehemaligen Ziegenstalls zum Treffpunkt unter freiem Himmel; die vier Seile der Hängematte symbolisieren die Windräder, Wasserkraft-, Biogas- und Photovoltaikanlagen der Stadt; Christoph Hesse Architects, Raum der Stille, Korbach 2019, Foto: Deimel + Wittmar

Leipzig Charta für die europäische, kompakte, nutzungsgemischte Stadt. Wie lassen sich Klimaschutz und Energiewende städtebaulich umsetzen, wie kann Resilienz gestärkt werden? Wir haben zwar ein Leitbild, kommen aber nicht zu einer Anwendung in der Breite. Regulatorisch schreiben uns heutige Bebauungspläne sogar Dachneigungen und -formen vor, die teils weniger Solarenergie nutzbar machen. Und das Quartier als Raum für mehr Klimaschutz wird kaum anerkannt.

Im Jahr 2023 steht eine Novelle des Baugesetzbuchs an. Darin braucht es meines Erachtens eine Experimentierklausel, um Projekte zu ermöglichen, die nachhaltig sind, aber noch nicht mit den aktuellen Gesetzen funktionieren. Denn der Wandel schreitet schneller als Gesetzesreformen voran. Eine Experimentierklausel ermöglicht Raum für Kreativität, ohne für jede neue Lösung eine Art Zulassung im Einzelfall zu benötigen.

Sie haben das Quartier angesprochen. Ist dies – eher als das Einzelgebäude oder die gesamte Stadt – in Ihren Augen die vielversprechendste Handlungsebene, um Klimaschutz umzusetzen?

Ich befasse mich seit mehr als 20 Jahren mit diesem Thema, etwa bei Sanierungs- und Energiefragen – und ja, das Potential des Quartiers ist höher, Quartiere können definitiv mehr. Die Herausforderungen liegen ja insbesondere im Bestand, in dem fast 90 Prozent der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor entstehen, aber zugleich auch die Sanierungsrate stockt. Wir treffen dort auf viele Hemmnisse: die langen Erneuerungszyklen, die Demografie, die Bezahlbarkeit, die technische Machbarkeit... Aber in dem Augenblick, wo wir uns mit dem Wissen um die Einzelgebäude ein größeres Handlungsfeld erschließen, nämlich das Quartier, können Projekte gelingen, die unterm Strich ökologischer, ökonomischer und sozialverträglicher sind.

Was bedeutet das konkret?

Quartiersbezogene Lösungen sparen mehr CO₂ ein, da über serielle Ansätze einfach mehr bewegt wird. Über den Wiederholungsfaktor reduzieren sich auch die Kosten. Und sozial verträglicher sind sie, weil Menschen nachahmen und mitmachen – Quartiere haben eben eine soziale Kraft.

Wie kann eine solche Partizipation aussehen?

Es geht darum, viele Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen und finanziellen Voraussetzungen in den Dialog zu bringen. Dieser verläuft nicht immer konfliktfrei, aber führt bestenfalls zu gemeinsamen Zielen wie etwa der Gewinnung erneuerbarer Energien im Sinne einer urbanen und diversifizierten Energiewende. Dem Themenkomplex der Quartiere habe ich im Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen 2020 gegen große Widerstände ein ganzes Kapitel gewidmet. Unter anderem habe ich empfohlen, die Städtebauförderung mit Blick auf das Quartier weiterzuentwickeln sowie Zielmarken für Quartiersmaßnahmen in einer Bund-Länder-Initiative zu erarbeiten und bin froh, dass solche Ansätze im aktuellen Koalitionsvertrag enthalten sind.

Auf europäischer Ebene gibt es nun das „Neue Europäische Bauhaus“. Kann dies dazu beitragen, das architektonische Denken politisch und gesellschaftlich nutzbarer zu machen?

Zunächst einmal finde ich die Zielsetzung des europäischen *Green Deal* unterstützenswert – über die Wege kann man sicherlich diskutieren. Es ist ein Fortschritt, dass die EU die Bereiche Gebäude und Städte endlich adressiert hat. Gleichzeitig sehe ich beim Neuen Europäischen Bauhaus die Gefahr, dass zwar hier und dort Best-Practice-Beispiele von hoher Strahlkraft initiiert werden, diese aber auf Dauer nur vereinzelte Prototypen bleiben. Der *Green Deal* sollte alle europäischen Länder mit ihren regionalen Bauweisen adressieren. Diese Vielfalt ist ein Motor, alle ansprechen zu können – aber weniger über das „Bauhaus“, sondern über die „Baukultur“. Das wäre als Narrativ vielleicht geeigneter, um eine neue, zeitgemäße Routine im Bauwesen zu etablieren, eine Öko-Routine, die über Prototypen hinausgeht und die Ansätze in die Breite trägt. Aber Begriffe oder Titel sind nur Aufhänger.

Unser Heft versteht dabei das architektonische Projekt nicht als gebautes Objekt, sondern als den Prozess, der zu diesem Ergebnis führt. Können Sie dieser Perspektive etwas abgewinnen?

Durchaus, denn es geht ja um Lebensräume, die wir ganzheitlich betrachten müssen, um die Bedürfnisse von Menschen zu erfüllen. Architektinnen, Ingenieure und Stadtplanerinnen fungieren im Idealfall als Katalysatoren dieser Bedürfnisse, die ja von Beginn an nur in einem Prozess gefasst werden können. Dazu gehören architektonische Formen wie auch technische oder landschaftsbezogene Lösungen. Deswegen würde ich auch weniger von einem „nur“ architektonischen, sondern eher von einem soziokulturellen Prozess sprechen.

Können in Aussicht gestellte ökologische Zertifizierungen dazu beitragen, solche Prozesse von vornherein in eine nachhaltige Richtung zu lenken?

Wenn man diese Zertifizierungssysteme ernst nimmt, müssen sie natürlich sehr früh – eigentlich direkt mit der Projektidee – eingebunden werden. Anschließend müssen alle Aspekte im gesamten Prozess kontinuierlich diskutiert und abgewogen werden, um die optimalen Lösungen zu finden. Wenn das gelingt, halte ich Zertifizierungen für gute *Roadmaps* auf dem Weg zu nachhaltigen Lösungen. Wenn sie zu spät angewandt werden, sind sie nichts weiter als ein Stück Papier. Der Mehrwert solcher Systeme ist tatsächlich, dass sie die Auseinandersetzung mit sehr vielen Aspekten befördern und so Optimierungspotentiale aufzeigen. Und wenn das früh genug passiert, gibt es keine Einschränkungen, etwa hinsichtlich der Architektur. Zertifizierungssysteme sollten architektureffen sein und helfen, einen bestimmten Entwurf technisch, soziokulturell, ökonomisch und ökologisch zu ermöglichen.

Die Frage nach Einschränkungen und Verboten ist ja auch eine politische. Wie stehen Sie dazu?

Wir müssen aufpassen. Ideologen schwächen unsere Demokratie. Noch nie war das Wissen um Klimawandel, noch nie die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber Klimaschutz so hoch und noch nie hatten wir so viele Kommunikationsmittel wie heute, um Aufklärung zu betreiben. Und deshalb meine ich aus Überzeugung: Es ist die Zeit des Gestaltens und nicht die des Verbotens. Es ist die Zeit des Ermöglichens und nicht die des Vorschreibens. Ich glaube, durch eine Offenheit gegenüber



Temporärer Pavillon zur Feier der Unabhängigkeit der Gemeinde vom globalen Energiemarkt, wobei das Stroh die Biomasse und das Stahlbecken mit Wasser die Energie versinnbildlicht: Christoph Hesse Architects, Strotherme, Referinghausen 2019, Foto: Thomas Baron

vielfältigen Lösungen für Klima- und Ressourcenschutz lassen sich mehr Menschen mit auf den Weg nehmen – und gehen nicht mittendrin verloren. Nur so können wir verhindern, übers Ziel hinauszuschießen und Verwerfungen zu verursachen. Ich höre oft fachfremde Vorschläge für klimagerechtes Bauen – etwa, dass Holz uns aus der Klimakrise herausbauen würde. Das ist falsch. Holz ist ein wunderbares Material, ich baue auch gerne mit Holz und wir sollten mehr damit bauen. Aber wie jedes andere Material hat Holz Vor- und Nachteile. Es hat eine gute Ökobilanz und eine gute Dämmwirkung. Ein Nachteil ist seine geringe Speicherfähigkeit. So kann es bei Sommerhitze in Holzhäusern zu warm werden, was dann Kühlung mit hohem Energieaufwand erfordert. Und auch für Beton finden sich Vor- und Nachteile: Er hat aktuell eine sehr schlechte CO₂-Bilanz, aber Vorteile in der Langlebigkeit und Speicherfähigkeit. Wir werden in der Zukunft beim Kampf gegen den Klimawandel sowohl Beton als auch Bäume brauchen. Und ich glaube, die Kraft liegt tatsächlich in der Vielfalt der Lösungen, denn nur das, was auch sozial und kulturell nachhaltig ist, wird uns langfristig begleiten.

In diesen Tagen jährt sich die Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal. Welche Rolle spielt die Anpassung an den fortschreitenden Klimawandel?

Es wird immer Wetterextreme geben, aber der Klimawandel verstärkt sie. Wir wissen inzwischen, dass im

Ahrtal zu dicht und zu ungeschützt am Wasser gebaut wurde. Diese Katastrophe hat uns noch einmal klar vor Augen geführt, dass die Infrastruktur ertüchtigt werden muss. Wir müssen uns stärker an das sich verändernde Klima anpassen, um Menschen im Hier und Jetzt zu schützen, und diese Anstrengungen der Klimaanpassung kombinieren mit dem Klimaschutz, der ja eine viel längere Wirkungsdauer hat. Es geht nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. Architektinnen, Ingenieure, Stadtplanerinnen, Wasserbauexperten und Landschaftsplanerinnen können durch kluge Planung für Klimaresilienz sorgen. Und wenn wir das beherzigen, werden uns künftige Wetterextreme auch weniger Schaden zufügen.

Prof. Dr. Lamia Messari-Becker (*1973) ist seit 2014 Professorin und Leiterin des Lehrstuhls Gebäudetechnologie und Bauphysik an der Universität Siegen. Nach Studium und Promotion an der TU Darmstadt war sie von 2009 bis 2014 Leiterin Bauphysik und Nachhaltigkeit bei B+G Ingenieure in Frankfurt am Main. Ihre Arbeitsgebiete liegen in der Entwicklung und Umsetzung ressourceneffizienter und nachhaltiger Lösungen im Hoch- und Städtebau. Von 2016 bis 2019 war sie Beirätin der IBA Thüringen, von 2016 bis 2020 gehörte sie dem Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen an. Seit 2017 ist sie Mitglied im Expertenkreis Zukunft Bau des heutigen Bundesbauministeriums, seit 2020 Mitglied im Club of Rome.